

Demnächst im Hunsrück: **Tiefflüge auch nachts!**

Jetzt liegen neuste Auszüge aus Protokollen des amerikanischen Kongresses vor, die eine deutliche Sprache sprechen:

1. Die US-Air-Force plant eine Zunahme der militärischen Bautätigkeiten von 1989 auf 1990 um 20 Prozent. Weiter gehts 1991 mit 24 Millionen Dollar alleine für Baumaßnahmen auf den Flugplätzen in Rheinland-Pfalz. Für die Jahre 1992 bis 1994 sind schon jetzt 107 Millionen Dollar fest eingeplant. Den noch "ausstehenden Baubedarf" ohne konkrete Angaben spezieller Baumaßnahmen beziffert die US-Air-Force mit 334 Millionen Dollar für die Flugplätze in Rheinland-Pfalz.

2. Die konkreten Planungen für den Flugplatz Hahn sehen für 1990 die Stationierung eines neuen „Tiefflug-Navigations- und Zielfindungssystems für den Nacht-einsatz“ vor. Wird es erst einmal stationiert, befürchte ich verstärkte nächtliche Tiefflüge im Hunsrück und erhöhte Unfallgefahren.

Ein Leserbrief des CDU Kreisvorständlers Michael Becker in der Hunsrücker Zeitung beweist, er hat offensichtlich nicht begriffen, daß Rüstungskonversion die Umwandlung von militärischen in zivile Projekte bedeutet. Er schlägt Industriean-siedlungen an der Autobahn A60 vor. Die Raketenbasis Hasselbach hätte sich hervorragend für ein Konversionsprojekt geeignet, doch im Landtag von Rheinland-Pfalz hat sich die CDU gegen einen Antrag ausgesprochen, der die zivile Nutzung der Raketenbasis Hasselbach nach Abzug der Atomraketen forderte.

Die CDU-Seifenblase mit der schillernden Überschrift: „Von Hahn nach Ibiza“ ist geplatzt. Es zwar wichtig und richtig eine Diskussion zu führen, wie militärische in zivile Arbeitsplätze umwandelbar sind, die Realitäten sehen leider noch vollkommen anders aus. Die amerikanischen Militärs denken gar nicht daran, im Hunsrück abzurüsten.

Reinhard Szezech

Prozesstermine veröffentlichen !!

Bitte meldet weiterhin Prozesstermine wegen Blockaden an das Friedensbüro, damit wir sie veröffentlichen können.

Prozess um Zerstörung der Friedenskreuze

Der Gesprächstermin zwischen den beiden jungen Männern aus Koblenz, die in einer nächtlichen Aktion sechzig Holzkreuze auf dem Friedensacker mit einer Motorsäge zerstört hatten und VertreterInnen der Friedensbewegung ist geplatzt. Einer der beiden teilte schriftlich mit, daß er sich überfordert fühle, der andere, NPD Mitglied, ist unbekannt verzogen.

Nun wurden die beiden vor das Simmerener Amtsgericht geladen, wo Staatsanwalt Halfmann und Richter Göttgen warteten. Das NPD Mitglied war gar nicht erst erschienen, dafür bekam der andere Mann umso härter die zur genüge bekannte, strafende Hand des Gesetzes zu spüren. 60 Tagessätze à 18 DM, einen Monat Führerscheinentzug und Beschlagnahmung der „Tatwaffe“ Motorsäge.

In der Hunsrücker Zeitung wurde ausführlich berichtet. Zitat: „Richter Göttgen, der nun die Interessen der Friedensbewegung und nicht wie sonst gegen sie entscheiden mußte, stimmte in seinem Urteil weitgehend mit dem Antrag des Oberstaatsanwaltes überein.“ Die Friedensbewegung hat den Dialog gesucht, nicht die Verurteilung. Hier haben der Richter und sein Staatsanwalt ihre eigenen Interessen vertreten. r.s.

Friedensbewegung zur Abrüstung aufgefordert

Diese Schlagzeile brachte am 29. März die Hunsrücker Zeitung. Michael Becker, Mitglied des Kreisvorstandes der CDU Rhein-Hunsrück und persönlicher Referent des CDU Landesvorsitzenden Wilhelm, hat Pfarrer August Dahl schriftlich aufgefordert, die Kreuze auf dem Friedensacker nach und nach zu entfernen. Begründet wurde diese Aufforderung mit dem Abzug der Cruise Missiles von Hasselbach.

Wir haben Herrn Becker zu einem öffentlichen Gespräch eingeladen. Termin ist **Dienstag, der 23. Mai 1989**. Die Veranstaltung beginnt um 20.00 Uhr im evangelischen Gemeindehaus in Bell.

Den Ablauf stellen wir uns so vor, daß Herr Becker noch einmal begründet, was ihn zu seinem Aufruf veranlaßt hat. Anschließend wird August Dahl eine Stellungnahme abgeben, danach wird das öffentlich geladene Publikum Möglichkeiten zu Fragen und Kommentaren haben.

Wolfgang Bartels zieht Berufung zurück -

Hier seine Begründung an das Landgericht Bad Kreuznach:

Zur Gerichtsverhandlung wurden neun Zeugen geladen. Alle Zeugen sind mir aus der Friedensbewegung gut bekannt. Sie alle sind bereits rechtskräftig wegen des Aufrufs zu den Hunsrücker Aktionstagen im Oktober 1987 verurteilt worden.

Die Berufungsverhandlung habe ich angestrebt, weil das Amtsgericht Simmern mich wegen einer "öffentlichen Aufforderung zu einer Straftat" verurteilt hat, ohne überhaupt den Tatsachenbeweis meiner Unterschriftsleistung erbringen zu können. Dem Staatsanwalt ist sicherlich auch klar, daß die nunmehr geladenen Zeugen zur fraglichen Unterschriftsleistung überhaupt nichts aussagen können.

Die massenhafte Ladung von Zeugen aus der Friedensbewegung empfinde ich als eine reine Schikane. Mit der Androhung von Zwangsgeld und Beugehaft sollen Menschen, die mir nahestehen, gezwungen werden, gegen mich auszusagen. Es reicht offenbar nicht, daß diese Menschen wegen ihres Friedensengagements abgeurteilt wurden, jetzt sollen sie offenbar noch in einer ganzen Reihe von Verfahren in ständige Gewissenskonflikte gebracht werden. Für eine der geladenen Zeugen ist dies schon mehr als zehnmals der Fall gewesen.

Dieses fatale "Spiel" kann ich nicht mitmachen. Ich kann es nicht hinnehmen, daß Mitglieder der Friedensbewegung gegeneinander ausgespielt werden. Ich bin nicht bereit, willentlich an Prozessen mitzuwirken, in denen es um Gesinnungsjustiz gegen die Friedensbewegung geht und nicht um Gerechtigkeit.

Die Friedensbewegung hat mit ihren Aktionen, einschließlich des zivilen Ungehorsams, wesentlich dazu beigetragen, daß die Mittelstreckenraketen wieder verschrottet werden sollen. Die Geschichte hat der Friedensbewegung Recht gegeben, auch wenn die Justiz noch im zweiten Jahr nach Unterzeichnung des INF-Abkommens ihren Rachefeldzug gegen die Friedensbewegung fortsetzt. Dieser immer noch fortgesetzten Verfolgungsjagd gegenüber der Friedensbewegung werde ich mich verweigern, wo immer ich es kann.

Ich ziehe meine Berufung zurück, weil ich nur so verhindern kann, daß mir befreundete Menschen in einen inneren Konflikt gebracht werden. Ich muß dabei in Kauf nehmen, daß das Simmerner Urteil gegen mich rechtskräftig wird, obwohl ich meine Berufungsgründe nach wie vor als stichhaltig ansehe.

Daß die rheinland-pfälzische Justiz hierbei einen Vertrauensverlust erleidet, hat sie sich selbst zuzuschreiben.

Wolfgang Bartels

Eine kleine Abschreckung muß schon sein

Mit dieser Überschrift sendete der Hörfunk von WDR I am 14. April sechzig Minuten lang Interviews und Hintergrundinformationen über Militär, Bevölkerung und Friedensbewegung aus dem Hunsrück. Zu Wort kommen unter anderem hohe Militärs, die Bürgermeister Löw und Bungenstab, Manni Wörner, Clemens Probst, Klaus Michel, Hildegard Engelmann, Renate Fuchs, Dieter Ney, Reinhard Sczech, August Dahl und, und, und Der Autor wird einigen noch in lebhafter Erinnerung sein: Rainer Goetz aus Köln.

Eine sehr hörenswerte Sendung mit einigen Infos, selbst für absolute Insider noch Neuigkeiten. Thilo Haag, Leiter der Wehrbereichsverwaltung IV aus Wiesbaden, erläutert am Beispiel der Bunkerbaustelle Goßberg Umweltschutz im Hunsrück und appelliert an die Heimatliebe der Hunsrücker: "Wenn man den Architekten glauben will, hat der Goßberg noch nie so schön ausgesehen, als wenn er durch die NATO bebaut worden ist und die Begrünung dann endlich einmal zum Tragen gekommen ist, denn der Goßberg ist ja ein total kahler Gipfel dort, sicherlich unansehnlich anzusehen und wenn der rundum begrünt wird, kann ich mir vorstellen, daß er eine große Bereicherung der Gegend ist, statt einer Belästigung. Umweltschutz, Sauerstoff, was weiß ich was da alles so zusammenkommt"

Reinhard Sczech

**Ein Mitschnitt auf Kassette kann im Friedensbüro für 5,-DM
(+ 2,50 DM Versand- kosten bei Postversand) bestellt werden.**

**Zum gleichen Preis ist außerdem noch eine WDR Sendung
vom September 1988 erhältlich: "Die Welt in Bell, ein Dorf
macht Karriere".**

Keine Umkehr zur Vernunft...

...die Tiefflüge gehen unvermindert weiter! -

Das müssen wir Betroffenen ungetrost von der Bonner Hardthöhe zur Kenntnis nehmen.

Die pfälzischen SPD-MdBs Dr. Rose Götte, Albrecht Müller und Manfred Reimann gaben der FI Bucholz Bericht über ihre Anfragen im Plenum des Bundestages an den parlamentarischen Staatssekretär des Bundesverteidigungsministeriums, Wimmer. Mit insgesamt 28 Fragen versuchten die drei Abgeordneten, die Bundesregierung zu einer klaren Stellungnahme hinsichtlich der "Neuverteilung" der Tiefflugbelastung in der BRD zu bewegen. - Der befragte Staatssekretär verfiel sich dabei immer wieder in Widersprüche, wodurch sich dann (ungewollt) interessante Enthüllungen ergaben:

So war für den designierten Verteidigungsminister Scholz die Mehrbelastung von Pfalz und Hunsrück durch neue 75-Meter-Tieffluggebiete nicht vom Tisch! - Wimmer mußte vielmehr zugeben, daß im BMV "ein Handlungsrahmen" bzw. ein "Modell" existiert, das eine Neuverteilung der sieben Tieffluggebiete vorsieht. Dabei mochte er nicht offen gestehen, daß Rheinland-Pfalz durch solche Planungen zusätzlich zur schon bestehenden Tiefflugbelastung auch noch 75-Meter-Areas werden soll. Wenn aber der Bundesverteidigungsminister die sieben Gebiete neu verteilen will, müssen zwangsläufig solche Regionen, die bislang keine 75-Meter-Zone hatten, mit dieser "Lastenverteilung" zusätzlich rechnen! - Das mußte auch Herr Wimmer zugeben, weil Tatsache bleibt, daß es in Rheinland-Pfalz bisher keine solche Tiefflug-Areas gibt!

Wimmer machte auch - eher unfreiwillig - offenbar, daß die ständigen Beteuerungen der Bundesregierung, sie habe schon in den letzten Jahren den Fluglärm "gewaltig reduziert", durch keine Tatsachen bewiesen werden könnte. Weil es bisher überhaupt noch keine Übersicht darüber gibt, wer, wo, wie hoch und wann über das Bundesgebiet fliegt. - Wimmer: "Wir haben jetzt eine Entscheidung in Vorbereitung, nämlich die, daß wir ab April '89 alle Flüge über dem Territorium der BRD erfassen werden...". Dies ist das indirekte Eingeständnis, daß die bisherigen so großen "Erfolgsmeldungen" der Bundesregierung nichts als Propagandamärchen gewesen sind!

Die drei Bundestagsabgeordneten forderten in der Bundestagssitzung "Die Neuverteilungspläne des Verteidigungsministers müssen vom Tisch! Das militärisch hochbelastete Rheinland-Pfalz darf keine Verhandlungsmasse der Bonner Verteidigungspolitik werden! Fluglärm darf nicht einfach neu verschoben - es muß endlich überall Schluß gemacht werden mit dieser unerträglichen Last! Dies ist aufgrund

der heutigen militärtechnischen und sicherheitspolitischen Veränderungen nicht nur nötig, sondern auch möglich! Dem können wir Hunsrücker — die neuerdings durch zunehmende Nachtflugbelastung von der AFB-Hahn genervt werden — nur zustimmen.

-f.-j.ho.-

Tiefflüge ersatzlos streichen!

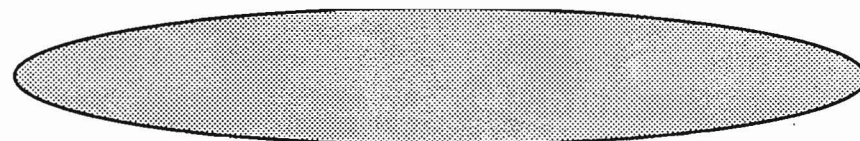
Oft vergessen wir bei unseren Protesten gegen die lebensgefährdenden und umweltzerstörenden Tiefflüge die Konsequenzen, die unsere Politiker daraus ziehen. So wurde und wird ein Teil der Tiefflüge nach Goose Bay/Labrador (Ostkanada) verlagert.

Dort üben neben bundesrepublikanischen auch niederländische, britische und NATO-Einheiten Tiefflüge (30 m "hoch") und Bombenabwürfe, wobei sie nicht nur das empfindliche Ökosystem zerstören, sondern mit ihm auch die auf der Jagd und dem Fischen beruhende Kultur der Innu-(Indianer) gefährden. Um auf die Gefährdung ihrer Kultur und ihre Landrechte hinzuweisen (sie haben das Land nie abgetreten und werden bei Verträgen nicht gefragt), besetzten im September mehrere hundert der knapp 10.000 Innu ein Bombenabwurfgebiet und eine Runway des Fliegerhorstes Goose Bay. Dabei wurden über hundert von ihnen verhaftet und zum Teil kriminalisiert.

Deshalb bitten sie uns in einem offenen Brief vom Oktober '88 um Unterstützung. Konkret heißt dies für uns bei Protesten gegen Tiefflüge, deren ersatzlose Streichung zu fordern, sowie in Briefen an das Bundesverteidigungsministerium, sowie an den kanadischen Premierminister unsere Besorgnis über die Gefährdung der Innu-Kultur auszudrücken und den Stopp der dortigen Tiefflüge und Bombenabwürfe zu fordern.

Bitte schreibt Briefe an:

***The Rt. Hon Brian Mulroney · The Prime Minister's Office ·
House of Commons · Ottawa · K 1A 0A 6 · CANADA ·***



Aborigines — Opfer von Atomtests und Uranabbau

Als die Briten 1946 durch das „US Atomic Energy“ Gesetz vom gemeinsamen Atomprogramm auf US-amerikanischem Gelände ausgeschlossen worden waren, wurden zwischen Großbritannien und Australien unter strikter Geheimhaltung Atombombentests auf australischem Territorium vereinbart. Erste Versuche gab es 1952 auf den Monte Bello Inseln, die dem am dünnsten besiedelten Küstenstreifen im Nordwesten des Kontinents vorgelagert sind. Versorgungsprobleme ließen dann aber Maralinga (South Australia) als geeigneteres Testgebiet erscheinen. Die dort lebenden Aborigines wurden in das Yalata-Reservat an der Küste umgesiedelt; diejenigen, die nicht erfaßt worden waren und ein Teil des Testpersonals dienten als Versuchskaninchen. Bis 1967 wurden die Tests durchgeführt. Statt mit wie bisher angenommenen 10 Prozent ist das Gebiet jedoch tatsächlich mit 90 Prozent mit dem bei den Tests freigesetzten Plutonium verseucht, das aus den unterirdischen Zündungskammern entwichen ist; das heißt, es sind 90 Prozent des erzeugten Plutoniums auf der Erdoberfläche. Damit ist auch die Diskussion um Kompensationszahlungen an die Aborigines und die Kostenübernahme für die Entseuchung des Terrains neu entflammt.

Seit den vierziger Jahren wird in Australien nach Uran gesucht, das vor allem für die oberirdischen Atomwaffenversuche gebraucht wurde. Das Land betreibt heute lediglich zwei Versuchsreaktoren, das geförderte Uran ist also wichtiger Exportartikel. Zwei Minen sind derzeit in Betrieb: Nabarlek und die Ranger Mine, beide im Bundesland Northern Territory gelegen. Die Tagebauminen sind vom Kakadu Nationalpark umgeben, der auf der UN-Liste für schützenswerte Naturgebiete steht.

Allein die Ranger Mine produziert jährlich eine Million Tonnen Abraum, der in Absatzbecken nur unzureichend gelagert wird. Während der Regenzeit werden weite Teile des Nationalparks mit ausgeschwemmten Schwermetallen und radioaktiven Substanzen überflutet, die Flüsse und schließlich auch die Nahrungskette der Ureinwohner verseucht. Die schwache rechtliche Stellung der Aborigines und auch die Korruption einiger durch Umsatzbeteiligung, die sie von staatlicher Sozialhilfe unabhängig machen, erschweren den Kampf der Ureinwohner für ihr Land.

aus: GfbV. 3/88, Vierte Welt Aktuell Nr. 68

Bericht über den Besuch von Vincent und Rosemarie Harding

Ein ungewöhnliches Bild: eine Kirche auf einem US-Militärstützpunkt in Westdeutschland. Sechzig Soldaten, viele von ihnen im Kampfanzug, hören aufmerksam Vincent und Rosemarie Harding zu, die über ihren Freund Martin Luther King Jr. und die gewaltfreie Bürgerrechtsbewegung in den Südstaaten der USA erzählen. „Birmingham, Alabama, war einer der hartnäckigsten und brutal-rassistischen Städte des Landes. Es war ein gefährlicher Ort für schwarze Menschen, die für die Freiheit kämpften.“ „Sie pflegten es ‘Bombingham’ zu nennen“, bemerkt ein Soldat, der dort aufgewachsen ist. „Plötzlich kommen einige Leute in Birmingham auf die verrückte Idee, daß es Schwarzen und Weißen möglich sein sollte, sich an die gleiche Theke zu setzen. Aber als sie es versuchten antwortete die Polizei mit Schlagstöcken, scharfen Hunden und Wasserwerfern. Nun, wieviele Waffen hat Martin mit nach Birmingham gebracht, als sie damit anfangen, die schwarze Bevölkerung zu schlagen und sein eigenes Leben zu bedrohen?“ „Keine“, war die unmittelbare Antwort. „Keine? Wäre Martin nicht im Recht gewesen, wenn er sich in dieser Situation mit Waffengewalt verteidigt hätte? Warum hat er keine Waffen mitgenommen?“ Eine Diskussion folgt. „Aber haben sie Euch nicht beigebracht, daß man ‘Feuer mit Feuer bekämpft’?“ Nach einer kurzen Zeit sagt eine Soldatin grinsend: „Nein, man bekämpft Feuer nicht mit Feuer, man bekämpft Feuer mit Wasser.“

In der noch verbleibenden Stunde sprechen die Hardings mit den GIs über Kings Arsenal gewaltfreier Waffen. Sie sprechen über seine eindeutige Opposition gegen den Vietnamkrieg und seine wachsende Überzeugung, daß ein profitorientiertes Amerika unfähig ist, sich um seine Armen zu kümmern. Stets betonen die Hardings, daß King mehr war als nur ein Führer einer Bürgerrechtsbewegung. Er hatte eine Vision von einer neuen Menschheit. Er war der Überzeugung, daß wir, wenn wir einander tief genug in die Augen blicken, entdecken werden, daß alle Menschen Brüder und Schwestern sind, Kinder des einen Gottes: nicht nur Schwarze und Weiße, sondern auch Vietnamesen, Kommunisten und ja, auch Libyer. Zahlreiche solche Gespräche haben während der neuntägigen Vortragsreise, welche die Hardings Mitte März in Westdeutschland unternahmen, auf oder nahe bei US-Militärstützpunkten stattgefunden. Sie haben sich mit einer schwarzen Gemeinde, mit Frauengruppen, mit Leitern von Organisationen der Schwarzen und mit „high-school“-Klassen getroffen, ebenso wie mit Mitgliedern der deutschen Friedensbewegung und Kirchen.

Hier auf dem Hunsrück waren die Hardings zu Gast in der „high school“ auf der Hahn Air Base. Abends trafen sie sich mit etwa 25 Deutschen und Amerikanern im Gemeindehaus in Büchenbeuren. Im Rückblick auf ihre Erfahrung in der BRD hoben

die Hardings hervor, daß die Tatsache, daß King in den USA offiziell zum Nationalhelden erklärt wurde, Türen zum Dialog öffnet, die man in Kreisen der Friedensbewegung oft endgültig zugeschlagen wähnt. Sie waren beeindruckt von dem starken Interesse an Kings Gewaltlosigkeit, das ihnen bei den amerikanischen Soldaten begegnete, und von der Offenheit und Aufrichtigkeit in den Gesprächen auf den Militärstützpunkten. Wenn schmerzvolle Widersprüche in einige dieser Diskussionen aufkamen, richteten oder verurteilten die Hardings nicht, sondern versuchten eher, die Bemühungen um ein Leben in Rechtschaffenheit zu ermutigen und zu unterstützen.

“Friedensleute müssen sehr sehr vorsichtig sein in der Art und Weise, wie sie diese Soldaten ansprechen.” stellten die Hardings fest. Wenige junge Männer haben sich als Soldaten verpflichtet, weil sie Krieger sind. Für viele war das Militär der einzige Arbeitsplatz, den sie finden konnten. “Sie sind nicht der Feind. Viele sind hier, weil das amerikanische zivile Leben sie im Stich gelassen hat. Sie sind in eine Falle geraten.”

Die Hardings beschlossen oft ein Treffen, indem sie mit dem Publikum ein “brainstorming” über die konstruktiven Aufgaben, die es heute gibt, machten. Sie dachten gemeinsam über Alternativen nach, die einen Lebenseinsatz wert sind. In Frankfurt z.B. diskutierten sie mit GIs, einem Kommandeur und einem leitenden Militärpfarrer über die Idee einer Tochter von King, eine gewaltfreie Armee ins Leben zu rufen, wie das aussehen könnte, und über die Studienfächer einer Friedenshochschule, statt Armeehochschule. Und “high-school” Schüler sprachen über die Arbeit mit Kindern in den Städten, über die Säuberung der Flüsse. Sie sprachen davon, russisch zu lernen und wie man mit weniger Atomwaffen auskommen könnte.

Rosemarie und Vincent Harding waren Freunde und Mitarbeiter von Martin Luther King, Jr.. Vincent war erster Direktor des Martin-Luther-King-Zentrums in Atlanta und ist Autor zahlreicher Publikationen über Erfahrungen Schwarzer in den USA. Er ist heute Professor für Religion und Sozialen Wandel an der „School of Theology“ in Denver.

Die Vortragsreise der Hardings wurde vom “Mennonite Central Committee” und dem “Military Counseling Network” (MCN) organisiert. Das MCN ist ein unabhängiger Beratungsservice für in der Bundesrepublik stationierte US Soldaten, die sich über ihre Rechte informieren möchten, oder die z.B. eine frühzeitige Entlassung aus dem Militär wünschen. Ferner versucht das MCN einen Dialog zwischen US Soldaten und Mitgliedern der deutschen Friedensbewegung zu fördern. Weitere Informationen sind zu erhalten bei: André Gingerich im Friedensbüro Kastellaun.

Spenden können überwiesen werden auf das folgende Konto: Military Counseling Network, c/o Bill Boston, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 60 050101, Konto Nr. 3779101

André Gingerich

REGIONALE KONVERSION:

NÄGEL MIT KÖPFEN

Zum wichtigen Thema “Regionale Konversion” sollen endlich “Nägeln mit Köpfen” gemacht werden. Das Thema ist von zentraler Bedeutung für unsere Region, wenn es darum geht bei der Bevölkerung weitere Zustimmung für konkrete Abrüstungsschritte zu erreichen.

Bisher wurde für den Hunsrück leider noch nicht viel konkretes Zahlenmaterial zu dem Problem zusammengestellt. Eine riesige Menge an Informationen von Behörden, Firmen, Verbänden und eigenen Untersuchungen müßte gesammelt und sinnvoll ausgewertet werden, um überhaupt eine Diskussionsbasis zu schaffen.

Angeregt durch eine Diplomarbeit von Anne Günster aus Gemünden, zu dem Thema: “Ökonomische Aspekte der Rüstung in der BRD und deren regionale Auswirkungen für die Bevölkerung - Am Beispiel Flugplatz Hahn in der Verbandsgemeinde Kirchberg/Hunsrück” die vom 11.10.1982 bis 31.1.1983 erstellt wurde, kam ich auf die Idee, zu versuchen eine Universität oder Fachhochschule für eine vertiefende Studien- oder Diplomarbeit zu diesem Thema zu gewinnen.

Folgender Text wurde an die FH-Koblenz, FH-Wiesbaden, Uni-Frankfurt und Uni-Mainz geschickt:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

der Verein für friedenspolitische und demokratische Bildung Rhein-Hunsrück-Mosel-Nahe e.V. ist als gemeinnützig anerkannt. Er entstand 1983 im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Stationierung von amerikanischen Marschflugkörpern mit Atomsprengköpfen (Cruise Missiles) bei Hasselbach im Hunsrück und organisiert seither zahlreiche Informations- und Kulturveranstaltungen. In Kastellaun unterhält der Verein ein Büro, das regelmäßig ehrenamtlich besetzt ist. Die Finanzierung erfolgt ausschließlich über Spenden.

Mit den Abrüstungsvorschlägen von Michail Gorbatschow und der Ratifizierung des INF Vertrages entwickelte sich in der Region eine Diskussion über die möglichen wirtschaftlichen Folgen von Abrüstung. Zahlreiche Menschen arbeiten in diversen Militäreinrichtungen und fürchten um ihren Arbeitsplatz. Unser Verein will hierzu Alternativen erarbeiten. Notwendige Voraussetzung ist aber eine Bestandsaufnahme über die wirtschaftlichen Abhängigkeiten der Region von militärischen Einrichtungen. Diesen Themenkomplex halten wir hervorragend geeignet für eine große Studien- oder Diplomarbeit. Detaillierte Fragestellungen wären noch auszuarbeiten;

hier nur einige Anregungen:

1. Welche Bedeutung haben die amerikanischen Streitkräfte bzw. die Bundeswehr für den Arbeitsmarkt ?
2. Ausbildung und Altersstruktur der Beschäftigten ?
3. Bedeutung für die Bauwirtschaft ?
4. Wie ist der Arbeitsmarkt der Region strukturiert ?
5. Frei werdende Ressourcen bei eventueller Auflösung von Militärbasen. (Boden, Gebäude, Infrastruktur, ...)?
6. Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt ?
7. Bedeutung der Kaufkraft von ausländischen Streitkräften ?

Die Thematik "regionale Konversion" wird seit einem Jahr auch mehr oder weniger ernsthaft von allen politischen Parteien diskutiert, ohne jedoch eine Basis mit Fakten zu schaffen. Eine Person oder Gruppe Ihrer Schule, die sich diesem Thema widmen würde, kann mit Unterstützung von uns, aber auch aus den Parteien und Behörden rechnen. Unser Büro in Kastellaun steht mit Kopierer, Telefon und Personalcomputer zur Verfügung. Für eine Bekanntmachung unseres Angebotes an Ihrer Schule wären wir Ihnen sehr dankbar.

Bleibt nur noch zu hoffen, daß es positive Resonanzen gibt.

Reinhard Sczech

Der Umweltminister und sein Chauffeur

Kennt Ihr Kurt Ledwoch ? Nein ? Dann wird es aber Zeit ! Kurt Ledwoch ist der Chauffeur des CDU Kreisvorsitzenden und Bundesumweltministers Professor Klaus Töpfer. Herr Ledwoch fährt den Minister jeden Tag von Mainz nach Bonn. Dafür hat er jetzt auf Vorschlag von Herrn Töpfer das Bundesverdienstkreuz am Band erhalten.

Die Verdienste des Chauffeurs sind wohl eine Meldung wert, besonders wenn bekannt ist, daß der gute Mann auch zahlreiche Rundfahrten durch den Hunsrück im Dienste dieses, unseres Ministers gemacht hat.

Dem Chauffeur sei das Verdienstkreuz gegönnt, doch die vielen Hunsrücker Berufspendler werden nicht mit solchen Segnungen bedacht. Wer nur zur Arbeit fährt oder gar umweltfreundliche Fahrgemeinschaften bildet geht leer aus.

Auch Fahrer von Schülern, Hunsrück-Milch oder Schlafraummöbeln der Firma Steffen sollten sich keine übertriebenen Hoffnungen auf das Bundesverdienstkreuz machen: Es muß schon ein echter CDU Minister sein.

Hunsrücker, die jeden Tage stundenlang über die Autobahn fegen und dafür das Bundesverdienstkreuz beantragen wollen, müssen sich beeilen, denn die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Bald ist unser Oberpendler auf und davon ins Saarland um CDU Spitzenkandidat gegen Oskar Lafontaine zu werden. Wir sitzen dann da und wissen noch nicht einmal, wie ein Antrag zur Beantragung des Bundesverdienstkreuzes am Bande ausgefüllt wird.

Der Minister hat uns schon einmal hängen lassen: Letztes Jahr, als wir ihm viele hundert Unterschriften gegen Cruise Missile Manöver überreichten, versprach er, sich beim Bundesverteidigungsminister über die weitere Notwendigkeit von Cruise Missile Manöver informieren zu lassen, um uns dann umgehend seine Einstellung dazu mitzuteilen. Wir warten immer noch.

Reinhard Sczech

Gemeinderat Bell:

Gesetze respektieren !

Der Rat der Großgemeinde Bell hat auf Initiative von Gemeinderätin Jutta Dahl die Landesregierung schriftlich aufgefordert, nach Abzug der Raketen in Hasselbach ein neues Raumordnungsverfahren in Gang zu setzen, das geltende Gesetze respektiert.

Hintergrund für diesen ungewöhnlichen Schritt ist die Tatsache, daß seinerzeit das jetzige Raketengelände unter Mißachtung der gesetzlichen Bestimmungen an die Amerikaner übergeben wurde. Spätestens 1991, nach Abzug der Raketen, wird das Gelände zwischen Hasselbach und Bell einer neuen Bestimmung zugeführt. Diesmal soll sich die Landesregierung für die Interessen der Gemeinden einsetzen. Der Gemeinderat forderte außerdem die Rückführung des Geländes in zivile Nutzung. Die Forderungen des Beller Gemeinderates wurden umgehend vom neuen Verbandsbürgermeister Fritz Frey an die Landesregierung weitergeleitet.

Was sind wir für ein merkwürdiges Volk?

Ist es wichtig zu wissen, welchen militäroperativen Unterschied es macht, zwischen 75 und 100 Meter Tiefflughöhe zu unterscheiden? Ist es ein durchschlagendes Argument, wenn man 1000 Tiefflugstunden aus der dichtbesiedelten Bundesrepublik in das noch dichter besiedelte Belgien verlegen will?

Ist es wichtig zu wissen, daß die deutschen Atomkraftwerke zwei Sicherheitsventile mehr besitzen als die ach so unzuverlässigen sowjetischen AKW's? Auf diese meist noch gelogenen Feinheiten sollten wir in der Friedensbewegung verzichten.

Sind da ein paar Menschen in denen die Lebensangst aufschreit, und die klipp und klar NEIN sagen, dann nimmt man das zur Kenntnis und wartet ab - wartet, bis sie ihr NEIN auch ordentlich begründet haben, oder man nimmt sie durch die Polizei fest und verurteilt sie in einem Fließbandverfahren. Wer die Gerichtsverfolgung wegen der Blockade der Atomraketenstellung in Hasselbach ertragen mußte, dem sträubte sich alles - bis in die kleinsten Nervenzellen.

Wir in der Friedensbewegung sollten nicht zu rechnen anfangen: RAMSTEIN zu REMSCHEID, TSCHERNOBYL zu HARRISBURG oder LA HAQUE. Tote zu Toten. Wen beeindruckt das? Wen haben die umgebrachten 6 Millionen Juden beeindruckt? Es müßte sonst anders in unserem Volk aussehen.

Mit dem Kopf allein ist dies nicht zu fassen! Wer die kopplastigen "Fachleute" nach RAMSTEIN und REMSCHEID beobachtete, merkte, daß sie nichts, nichts, nichts von dem, was sich da ereignet hat, begriffen ahben. Sie haben deshalb nichts begriffen, weil sie innerhalb des mörderischen Denksystems argumentieren, das sie nicht durchbrechen können und wollen, weil sie nicht NEIN sagen können und wollen.

Ein kaltschnäuziger Jurist an der Spitze der Maschinerie verteidigt uns mit verbissener Zähigkeit zu Tode. Ein reiner Kopfmensch. Kalte Intelligenz. Wir erinnern uns noch an die Hetze und Hysterie vor Jahren, bei der Verfolgung von Terroristen. RAMSTEIN und REMSCHEID sind auch Terror - nur von einer ganz anderen Dimension. Legalisierter Terror, von Leuten, die die ganze Gesellschaft für sich eingespannt haben. Wir sind ihre Geiseln. Was bleibt uns? Auswandern, oder sich wehren. Das letzte Mal ist man 1933 ausgewandert.

"Würzbach wegen 'Irrsinn' entlassen. Gegen seine Sekretärin ermittelt die Staatsanwaltschaft, wegen eines Wortdelikts ..." Alltäglicher, hausgemachter deutscher Irrsinn! Es gibt ein weises Sprichwort. "Es gibt nichts Gutes, außer man tut es."

Nicht mehr Erbsenzählerei, nicht mehr hauptsächlich als Kopfmensch argumentieren - tun. Es ist genug!!

Wer nicht auswandern will, dem muß der pazifistische Befreiungsansatz als der wirksamste erscheinen. Das heißt, Befreiung von Waffen, Rüstung, Militarisation

und Gewaltstruktur. Das ist ein internationaler Ansatz, der allerdings einen besonderen deutschen Bezug hat. Nirgends in der Welt ist die Waffenkonzentration so massiv wie in der Bundesrepublik und der DDR.

Die Befreiung der Bundesrepublik und der DDR von fremden Truppen, sowie die Entmilitarisierung, d.h. die Abschaffung der NATO und des Warschauer Pakts muß die Friedensbewegung als nächsten wichtigen Schritt in Angriff nehmen. Wir wollen ein friedliches Nebeneinander der europäischen Völker vom Atlantik bis zum Ural.

Klopfen wir den Militaristen und Waffenfetischisten in West und Ost auf die Finger, sagen wir NEIN zu ihren verbrecherischen Aufrüstungsplänen.

Jeder kann etwas tun - nicht zuletzt auch mit dem Stimmzettel an der Wahlurne.

Klemens Probst

SPD Forum "Frieden und Abrüstung" in Kastellaun

Schwerpunkt des SPD Forums "Frieden und Abrüstung" in Kastellaun ist das Thema "Regionale Konversion". Dieses Thema wird für alle, die Abrüstung nicht nur auf den Lippen führen, immer mehr an konkreter Bedeutung gewinnen. Besonders im Hunsrück.

Zur Einführung in das Thema erarbeite ich gerade einen Vortrag, der mit Mitteln modernster Technik einen einfachen Überblick geben soll. Dabei stütze ich mich besonders auf Materialien von Barbara Müller (Leiterin der ersten Hunsrücker Konversionsgruppe innerhalb der Friedensinitiative), der Diplomarbeit von Anna Maria Günster, Zahlen des Statistischen Landesamt (die skandalös verschleiern sind), der Dokumentation "Westpfalz zivil" von Hanspeter Greger und Roland Vogt (ehem. MdB, DIE GRÜNEN), zahlreichem eigenen Archivmaterial und besonders aber von der ganz hervorragenden Arbeit von Christian Wellmann "Abrüstung und Beschäftigung - ein Zielkonflikt". Christian Wellmann ist Mitarbeiter der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung.

Reinhard Szezech

**Die Veranstaltung beginnt am Montag,
dem 29. Mai 1989 um 20.00 Uhr
im Tivoli in Kastellaun.**

+++ Kurznachrichten +++ Kurznachrichten +++

Beller Loch

Der Beller Landwirt Hans Jörg Ramser wäre fast mit seinem Traktor in ein großes Loch auf seiner Viehweide unterhalb des Beller Bahnhofs gefahren. Das Loch geht über zwei Meter tief schräg in die Erde und hat einen Durchmesser von knapp einem Meter. Wer oder was das Loch verursacht hat ließ sich nicht feststellen. Ein Meteor?, Teile aus dem Weltraum, oder gar ein allzu irdischer Flugkörper, oder ein Geschöß? Der Sprengmittel - Suchdienst ortete mit Sensoren Metall im Loch. In den nächsten Tagen werden Spezialisten mit schwerem Gerät nach dem geheimnisvollen Ursprung für das „Beller Loch“ fahnden.

Die Arroganz der Macht - original zitiert

„Trauer kann ich doch nur empfinden, wenn ich zu den Opfern eine persönliche Beziehung hatte, Betroffenheit nur, wenn ich mich wirklich betroffen fühle.“

Oberst Hans-Peter Koch, Kommodore des Jagdbombergeschwaders 35 Pferdsfeld/Hunsrück, auf dem Neujahrsempfang seines Geschwaders am 9. Januar 1989 zur Remscheider Absturz-Katastrophe

*

„Ich will die Luftwaffe vor Wehleidigkeit warnen. Unbestritten weht der Luftwaffe fast ein Orkan ins Gesicht. Nach dem Absturz auf Lockerbie ist auch niemand auf den Gedanken gekommen, ein Ende des Zivilflugs zu fordern. Die Entschlossenheit von Terroristen ist eine größere Gefahr als der nach Vorschriften ablaufende Militärflug... Mittlerweile erscheint als größtes Risiko, daß bei westlichen Abrüstungs-Vorleistungen das östliche Abrüstungsinteresse schnell erlahmen könnte.“

Landtagspräsident Dr. Heinz Peter Volkert (CDU) auf der gleichen Veranstaltung - natürlich ohne Distanzierung von seinem Vorredner.

„Zwei tüchtige Offiziere der Luftflotte haben in jenen Tagen ihre Posten zur Verfügung gestellt, obwohl der Anlaß drittrangiger Natur war.“

Generalleutnant Hans-Jörg Kühbart, Kommandierender General der Luftflotte, auf einem Neujahrsempfang in Köln-Wahn am 24. Januar 1989. Mit den „zwei tüchtigen Offizieren“ sind gemeint: Generalmajor Rimmek und Oberst Hoppe, die dafür verantwortlich sind, daß auf dem Fliegerhorst Nörvenich am Abend der Ramstein-Katastrophe ein Fliegerball gefeiert wurde. Als die Rede Kühbarts bekannt wurde, unterbrach der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages, Alfred Biehle (CSU) eine Sitzung des Ramstein-Untersuchungsausschusses und verlangte von Verteidigungsminister Scholz eine „dringenderforderliche Schadensbegrenzung“. Drei Wochen später wurde General Kühbart versetzt. Er wurde zum Stellvertretenden Kommandanten und Stabschef der NATO-Luftstreitkräfte Mitteleuropa ernannt. Sein neuer Dienstsitz: Ramstein Air Base.

*

„Dann soll man in Zukunft auch Kriege durch Simulatoren führen; da hätte man eine Menge an Verteidigungskosten gespart.“

Agnes Hürland-Büning, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium der Verteidigung, am 2. März 1989 auf einer CDU-Versammlung in Idar-Oberstein auf die Frage, ob Tiefflüge nicht durch Simulatoren zu ersetzen seien.

*

„Nicht die noch im Vorjahr vielzitierte 'menschliche Kälte' belastet derzeit die Angehörigen der Streitkräfte, sondern vor allem die Ablehnung, die ihnen aus der engeren Umwelt häufig entgegenschlägt. Der Befund kommt nicht überraschend, aber er ist deswegen so bedenklich, weil er zeigt, daß sich die in den Großstädten mit ihrem kulturevolutionären Milieu gezüchteten Aversionen gegen alles Militärische nun auch auf dem Land auszubreiten beginnen.“

Kommentar der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 9. März 1989 zum jüngsten Bericht des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages

Amerikaner wollen Morbacher Gelände

Die Bundeswehr hat für das Gelände des Munitionsdepots bei Morbach, das kürzlich von den Franzosen geräumt wurde, keinen Bedarf, heißt es in einer Stellungnahme des Bundesverteidigungsministeriums. Der Kreistag Bernkastel-Wittlich hatte die Einbeziehung des Geländes in den Naturpark Saar-Hunsrück gefordert. Allerdings hätten die US-Streitkräfte der Wehrbereichsverwaltung mitgeteilt, daß sie die Einrichtungen für die Lagerung von Material übernehmen möchten.

Dazu erklärte das Verteidigungsministerium, es habe den US-Antrag noch nicht prüfen können, da die „abschließende Stellungnahme der amerikanischen Streitkräfte sowie die förmliche Liegenschaftsanforderung noch aussteht“. Statt auf die Wünsche der amerikanischen Freunde zu warten, könnte die Bundesregierung doch erst einmal abschließend und förmlich das amerikanische Ansinnen ablehnen.

Kriegerische Verführung bei St. Walburga

In der Garnisonsstadt Idar-Oberstein gibt es noch nicht genügend Gelände, Häuser und Büros für das Militär. Offenbar haben die Wehrdienstberater des Kreiswehersatzamtes Schwierigkeiten, geeignete Räumlichkeiten für die Verführung Jugendlicher zu finden. Wenn nicht die katholische Gemeinde St. Walburga wäre...

Im Pfarrsaal in der Wasenstraße 20 darf der „Jugendverführer“ aus Koblenz regelmäßig seine Werbeveranstaltungen abhalten. Einmal im Monat kommt der „Wehrdienstberater“. Martin Niemöller hätte gewiß gefragt: Was mag Jesus dazu sagen?

Friedensinitiativen unter Beobachtung

Friedensinitiativen werden in Rheinland-Pfalz „nicht automatisch“ vom Verfassungsschutz observiert, wie Innenminister Geil auf eine Anfrage des Grünen-Abgeordneten Rotter erklärte. Eine Observierung erfolge nur, wenn es Anhaltspunkte für den Verdacht „verfassungsfeindlicher Aktivitäten“ bei einzelnen Mitgliedern gebe. Der Verfassungsschutz registriere „extremistische Einflußversuche auf Friedensinitiativen, wie etwa der orthodoxen Kommunisten im Rahmen ihrer Bündnispolitik“.

Da sollten die Friedensinitiativen dem Verfassungsschutz doch glatt dankbar sein, daß der sich so um ihre Sauberkeit kümmert. Schließlich sind die Kommunisten überall in der Friedensbewegung dabei. Wie sagte doch der Innenminister? Friedensinitiativen werden „nicht automatisch“ observiert, aber offenbar gründlich.

+++ Termine +++ Termine +++ Termine +++

Pfingsten, vom 13. bis 15. Mai:

Großes Jubiläumsfestival auf Burg Waldeck

Die Hunsrücker Friedensinitiative verkauft Kaffee und Kuchen. Es werden noch viele freiwillige HelferInnen an allen drei Tagen gesucht. Kuchen können ab Samstag direkt zur Waldeck gebracht werden, oder vorher abgegeben werden bei: Werner Wanger 06545/1941, Jockel Sieben 06761/7796, Reinhard Sczech 06762/5181

Di. 16. Mai: Odenwälder TieffluggegnerInnen vor dem Amtsgericht in Bonn wegen des Vorwurfs „innerhalb des befriedeten Bannkreises um das Gebäude eines Gesetzgebungsorgans des Bundes an einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel teilgenommen und dadurch Vorschriften verletzt zu haben, die über den Bannkreis erlassen worden sind.“

Fr. 19. Mai: Delegiertentreffen im Friedensbüro Kastellaun, 19.30 Uhr

Mo. 5. Juni in Gödenroth: Traditionelle Podiumsdiskussion zu den Wahlen!

Beginn 20.00 Uhr im Gemeindehaus.

Veranstalter ist die Friedensgruppe der ev. Kirchengemeinde Gödenroth.

2. Mai - 3. Juli 1989: Einwendungen gegen das Atomkraftwerk Mülheim Kärlich sind nur in diesem Zeitraum möglich. Die örtliche Bürgerinitiative bereitet Einspruchsschreiben vor, die in Kürze über das Friedensbüro zu erhalten sind.

Weitere Informationen: Joachim Scheer, 02621/8765

Paul-Schneider-Gedenktag

Am 18. Juli 1989 jährt sich zum 50. Mal der Todestag, an dem Pfarrer Paul Schneider aus Dickenschied im KZ Buchenwald umgebracht worden ist. In Dickenschied findet die Gedenkfeier am **Samstag, dem 22. Juli 1989** statt. Nähere Informationen bei Pfarrer Albrecht, Tel. 06762-5828.

Die neuen Öffnungszeiten im Friedensbüro

Mo. 9.00 - 13.00 Uhr (Beate)

Di. 9.00 - 13.00 Uhr (Claus-Hein)

Mi. 14.00 - 18.00 Uhr (Heidrun)

Do. 14.00 - 18.00 Uhr (Uli)

Achtung: Jetzt haben wir auch einen Telefonanrufbeantworter, der Tag und Nacht beansprucht werden kann.